

**Bundesministerium für Familie,  
Jugend und Konsumentenschutz**  
*Sektion III*

A-1015 Wien, Schubertring 14  
Postfach 10  
Telefon 53 25 04-6  
Durchwahl  
24

31 6100/1-III/1/86

*Sachbearbeiter:*

Amstsdirektor  
Regierungsrat  
Günther FRISCHENGRUBER

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1010 Wien  
=====

*f - 13.2.86*  
13. FEB. 1986

*Verteilt 18.2.86 Klemp*

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die  
Österreichische Industrie-Holding  
Aktiengesellschaft;  
Begutachtungsverfahren.

*57 Minuten*

Bezug: Schreiben des Bundesministeriums für  
öffentliche Wirtschaft und Verkehr vom  
31. Jänner 1986, 510.030/13-V/1/86

Das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumenten-  
schutz beeht sich, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme  
zu übersenden.

11. Februar 1986  
Der Bundesminister:  
FRÖHLICH-SANDNER

Beilage

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Echtes*

**Bundesministerium für Familie,  
Jugend und Konsumentenschutz**  
*Sektion III*

31 6100/1-III/1/86

A-1015 Wien, Schubertring 14  
Postfach 10  
Telefon 53 25 04-6  
Durchwahl  
24

*Sachbearbeiter:*

Amtsdirektor  
Regierungsrat  
Günther FRISCHENGRUBER

An das  
Bundesministerium für  
öffentliche Wirtschaft  
und Verkehr

Annagasse 5  
1010 Wien  
=====

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über  
die Österreichische Industrie-Holding  
Aktiengesellschaft;  
Begutachtungsverfahren.

Bezug: Schreiben vom 31. Jänner 1986,  
510.030/13-V/1/86

Zu dem im Gegenstand genannten Gesetzesentwurf erstattet das  
Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz  
folgende

S T E L L U N G N A H M E  
=====

1. Das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz teilt die Ansicht des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, daß zur Bewältigung der im Herbst 1985 in verstaatlichten Unternehmungen und ihrer Tochtergesellschaften aufgetretenen Krise zunächst die Planungs- und Kontrollmechanismen den Anforderungen der heutigen industriellen und kommerziellen Entwicklung angepaßt werden sollen.

2. Die dazu vorgeschlagenen Mittel entsprechen diesen Zielen.  
Der Entwurf eines Gesetzestextes und der Erläuterungen  
gibt aus der Sicht des Bundesministeriums für Familie,  
Jugend und Konsumentenschutz zu keinen Bemerkungen Anlaß.
3. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem  
dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

11. Februar 1986

Der Bundesminister:

FRÖHLICH-SANDNER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

